

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Konsequente Aufarbeitung der Missstände bei der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz – Neue Verantwortungsstrukturen für die Stiftung schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

An insgesamt 5 Standorten im Saarland repräsentieren die Häuser der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz die vielfältigsten Erscheinungsformen der nationalen und internationalen Kulturszene. Ziel der Stiftung ist es, den kulturellen Reichtum des Saarlandes zu pflegen und zu vermitteln.

Die Wahrnehmung der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz war in der Vergangenheit schon mehrfach von Krisen gebeutelt, sei es bei der Erweiterung der Modernen Galerie oder auch durch Schließungen und Einschränkungen in der Corona-Krise. Das aktuelle Problem der Stiftung ist allerdings ein eklatantes Führungsversagen, das sich über einen längeren Zeitraum hinweg schon in einer Personalfucht, einer unambitionierten Programmplanung ohne echte Leuchtturmprojekte und Besucherzahlen, die weit hinter vergleichbaren Museen zurückbleiben, manifestiert. Ein Zustand, für den neben der Vorständin auch die Ministerin Christine Streichert-Clivot in ihrer Doppelrolle als Kulturministerin und Kuratoriumsvorsitzende Mitverantwortung trägt.

Das Führungsversagen gipfelt dann in dem kommunikativen Desaster im Zusammenhang mit der Absage der geplanten Ausstellung der Künstlerin Candice Breitz, die die Stiftung bundesweit in einen negativen Fokus rückte. Neben der allgemeinen Intransparenz, der fehlenden Kommunikation, die ggf. auch noch Regressforderungen der Künstlerin nach sich ziehen können und der bis heute fehlenden Klarstellung der konkreten Gründe für die Absage, wirft auch der Umgang mit den bekannt gewordenen Chatverläufen Fragen auf. In diesen Chats erhebt die Vorständin sehr schwerwiegende Vorwürfe gegen die Ministerin, spricht davon, dass sie nicht hinter der Ausstellungsabsage stehe, spricht von Kontrolle und Interviewverboten durch die Ministerin und von schwerwiegenden Konsequenzen, die ihr drohen würden.

Konfrontiert mit diesen an sie gerichteten Vorwürfen ist die Ministerin nicht in der Lage, professionell Transparenz und Aufklärung zu leisten. Mit widersprüchlichen Begründungen vereinbaren Ministerin und Vorständin eine einvernehmliche Trennung zum 01.05.2024.

Die Auswirkungen dieses so zu Tage getretenen Missmanagements der Ministerin sind desaströs. Frau Streichert-Clivot hat in ihrer Doppelrolle als Vorständin des Kuratoriums und Kultusministerin einen beispiellosen Vertrauensverlust für die saarländische Kulturszene zu verantworten und steht mit ihrem Namen für Unprofessionalität und Inkompetenz im Zusammenhang mit der Kommunikation um die Absage der Ausstellung von Candice Breitz und der Führung der Stiftung als Kuratoriumsvorsitzende.

Um weitergehenden Schaden von der Stiftung abzuwenden und auf Dauer wieder ein verlässlicher Ansprechpartner für den nationalen und internationalen Kulturbetrieb zu werden, ist es alternativlos, die Verantwortlichkeiten in der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz neu zu strukturieren. Es ist daher insbesondere unabdingbar, die Personalunion aus Kuratoriumsvorsitzendem und zuständigem Minister für Kultur aufzulösen und den Vorsitz des Kuratoriums anderweitig zu besetzen, damit Kompetenzüberschreitungen und willkürliche Machtausübungen auf Dauer vermieden werden können.

Zu dieser gleichen Erkenntnis war im Übrigen der Rechnungshof des Saarlandes bereits im Jahr 2011 gekommen. Der Rechnungshof erkannte schon damals zutreffend an, dass die Personalunion aus Kurator der SSK und des für die Zuwendungsgewährungen zuständigen Ministers einen Interessenskonflikt in sich birgt. Dieser Interessenskonflikt sei nach Ansicht des Rechnungshofes nur dadurch auszuräumen, dass die verschiedenen Ämter durch unterschiedliche Personen wahrgenommen werden müssen. Ein Ende 2011 vom Kabinett der Jamaika-Regierung beschlossener Entwurf eines neuen Stiftungsgesetzes nahm diesen wichtigen Gedanken des Rechnungshofes auf und wollte eine strikte Trennung der Position des Kuratoriumsvorsitzenden von dem Amt des Kultusministers erreichen. Der Reformvorschlag des damals CDU-geführten Innen- und Kulturministeriums wollte die im Rahmen der Erweiterung der modernen Galerie zu Tage getretenen strukturellen Missstände beheben, die Eigenständigkeit der Stiftung zur Verwirklichung kultureller Zwecke stärken sowie von übergriffiger administrativer Beeinflussung durch das Kulturministerium schützen.

Es war dann der damalige Kulturminister, der auf die Personalunion von Kuratoriumsvorsitzenden und Minister der Kultur beharrte und eine entsprechende gesetzliche Neuordnung im Stiftungsgesetz verhinderte. Es ist daher nunmehr auch angezeigt, diese Fehleinschätzung ein für alle Mal zu revidieren und die Organisationsstrukturen der SSK entsprechend den Empfehlungen des Rechnungshofes des Saarlandes zu gliedern.

Der Landtag des Saarlandes stellt fest:

- das Organisations- und Kontrolldefizit bei der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz ist umgehend aufzuheben
- es muss sichergestellt werden, dass Missmanagement und Kompetenzüberschreitungen auf Grund Interessenskonflikten bei der Organbesetzung in der SSK dauerhaft ausgeschlossen werden

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf:

- das Gesetz über die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz (SSKG) dahingehend zu ändern, dass dauerhaft tragfähige, klar geordnete und belastbare Strukturen geschaffen werden und die Personalunion aus Kuratoriumsvorsitz und Kulturminister aufgehoben wird
- die Rolle des Kulturministeriums in Bezug auf das Kuratorium der Stiftung insbesondere dahingehend regulativ zu beschränken, dass diesem lediglich ein Teilnahmerecht an den Sitzungen des Kuratoriums zu Informationszwecken zusteht
- die Rolle des Kulturministeriums in Bezug auf die Stiftung dahingehend neu auszugestalten, dass das Kulturministerium die Rechtsaufsicht über die Stiftung übernimmt
- im Rahmen der Novellierung des Gesetzes auch die Voraussetzungen für die Bestellung als Kuratoriumsmitglied detaillierter zu regeln und sicherzustellen, dass die personelle Besetzung des Kuratoriums jederzeit öffentlich abgebildet wird

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.